

Antrag auf Kampfmitteluntersuchung

AZ: 32-42-1 ____ / ____
(Aktenzeichen der Luftbildauswertung)

Antragsteller (Grundstückseigentümer/Bauherr):

Name, Firma: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Zu untersuchende Fläche:

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort-Ortsteil: _____

☐ Überprüfung von konkreten Verdachtspunkten aus der Luftbildauswertung

Verdachtspunkt(e): _____

☐ Überprüfung einer Fläche auf Kampfmittel - Flächensondierung

Größe der Fläche: _____ m² (Plan ist zwingend beizufügen!)

☐ vor Ort markiert ☐ Koordinaten/Shape-Datei übersandt ☐ MA instruiert vor Ort

☐ Sicherheits-(Bohrloch-)detektion

Anzahl der Bohrungen: _____

Tiefe der Bohrungen: _____

Bohrfirma/Ansprechpartner vor Ort: _____

Terminvorschlag für Detektion: _____

☐ Überprüfung von Verdachtsmomenten aus Sicherheitsdetektion

Datum der Sicherheitsdetektion: _____

Bohrloch-Nummer(n): _____

Tiefe der gemessenen Anomalie: _____

☐ Überprüfung Militäreinrichtungen (Laufgräben, Schützenlöcher, Stellungen, usw.)

Zutreffendes bitte ankreuzen (vollständig auszufüllen)

ja nein

Die vorbereitenden Maßnahmen sind bereits abgeschlossen

☐ ☐ abgeschlossen zum: _____

Aufschüttungen seit Kriegsende wurden ermittelt und entfernt

☐ ☐ Aufschüttung: ca. _____ m

Betretungserlaubnis für Ordnungsbehörden erteilt

☐ ☐

Die Fläche ist eine Bundesliegenschaft (auch ehemalgig)

☐ ☐

Das Gelände ist ein kontaminierter Bereich

☐ ☐

Die Fläche ist eine archäologische Verdachtsfläche

☐ ☐

Erklärung zur Leitungsfreiheit ist beigefügt

☐ ☐

Plan zur Untersuchungsfläche (Flächendetektion) ist beigefügt

☐ ☐

Bohrlochplan (Sicherheitsdetektion) ist beigefügt

☐ ☐

Bohrlochplan (Sicherheitsdetektion) wird vor Ort übergeben.

☐ ☐

Bemerkungen/sonstige Angaben:

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Erklärung über die Leitungsfreiheit

AZ: 32-42-1 ____ / ____
(Aktenzeichen der Luftbildauswertung)

Antragsteller (Grundstückseigentümer/Bauherr):

Name,(Firma): _____

Ansprechpartner/
Verantwortlicher: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Zu untersuchende Fläche:

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort-Ortsteil: _____

Hiermit erkläre(n) ich/(wir), dass auf dem durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst oder dessen Vertragsfirma zu untersuchenden Gelände

- ☐ **keine unterirdischen Leitungen vorhanden sind,**
- ☐ **vorhandene Leitungen deutlich erkennbar gekennzeichnet wurden**
- ☐ **Leitungsverläufe durch Probe-/Suchschachtungen freigelegt wurden und damit eindeutig erkennbar sind.**

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Anmerkung

Auszug aus dem Runderlass des Innenministeriums „Erstattung der anfallen Kosten“ vom 09.11.2007:

„...Alle die Kampfmittelbeseitigung vorbereitenden oder sonst begleitenden Maßnahmen werden von §19 Abs. 2 Ziff. 1 AKG nicht erfasst, sondern sind nach den Vorschriften des Ordnungsbührgesetzes NRW in Verbindung mit § 1004 BGB von der örtlichen Ordnungsbehörde bzw. vom Grundstückseigentümer auf dessen Kosten zu erledigen. ... in Betracht kommen u. a. Kosten für -Arbeiten vorbereitender Art, wie Herstellen der Leitungsfreiheit... „

Erklärung zur Kostentragungspflicht

AZ: 32-42-1 ____ / ____
(Aktenzeichen der Luftbildauswertung)

Kostenträger (für den Fall tatsächlich anfallender, unausweichlicher Mehrkosten):

Name,(Firma): _____

Ansprechpartner/
Verantwortlicher: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Zu untersuchende Fläche:

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort-Ortsteil: _____

Mit der Unterschrift auf dieser Erklärung bestätige ich, dass ich den Runderlass des Innenministeriums (75-54.01- vom 09.11.2007 -Kampfmittelbeseitigung – Erstattung der anfallenden Kosten) erhalten habe und darüber informiert bin, dass möglicherweise anfallende vorbereitende oder sonst begleitende Maßnahmen (Grün-/Freischnitt, Rodung, Zuwegung, Kernbohrungen, Baustellenabsperungen etc.) von mir als Grundstückseigentümer/Bauherr zu veranlassen, bzw. die dafür anfallenden Kosten ggf. von mir zu tragen sind.

Weiterhin wurde ich darüber in Kenntnis gesetzt, dass auch Mehrkosten, welche aufgrund der Art oder Beschaffenheit des Grundstücks sowie durch die individuelle Nutzung des Eigentümers entstehen (Mehraufwand durch Aufschüttungen oder Oberflächenversiegelungen, notwendiger Einsatz von Spezialverfahren, Nacharbeit, vermeidbare Stillstands-/Wartezeiten, andere betriebsbedingte Verzögerungen, unklare Leitungslagen etc.) nach dem o.g. Runderlass des Innenministeriums und dem Ordnungsbehördengesetz NRW an mich weitergeben werden können.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Hinweise zum Antrag auf Kampfmitteluntersuchung

Angaben zur zu untersuchenden Fläche:

Hier sind zwingend das Aktenzeichen der Ordnungsbehörde und die Adresse des zu überprüfenden Grundstückes anzugeben. (Der Baubeginn ist anzugeben, da dies einer ersten Planungsabschätzung für den Kampfmittelbeseitigungsdienst dient.)

Ansprechpartner:

Tragen Sie hier bitte einen Ansprechpartner ein, welcher für die Behörden vor Ort erreichbar und ggf. auch kurzfristig verfügbar ist.

Durchzuführende Maßnahmen (ggf. Karte mit der zu überprüfenden Fläche beifügen)

Hier ist die konkret durchzuführende Maßnahme anzugeben. Bei der Überprüfung von Flächen kann es hilfreich sein, eine Karte als Anlage zu übersenden, in der die zu untersuchende Fläche dargestellt ist.

Ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen sind auf der folgenden Internetseite dargestellt: http://www.brd.nrw.de/ordnung_gefahrenabwehr/kampfmittelbeseitigung/index.jsp

Zutreffendes bitte ankreuzen (vollständig ausfüllen)

Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören bspw.:

- Begehrbarkeit der Detektionsfläche herstellen (Freischneiden von Bewuchs, ausräumen, ebnen),
- ferromagnetische Störfelder im Bereich der Detektionsfläche einschließlich eines Randbereiches von mind. 5 m entfernen (Zäune, Fahrzeuge, Baustelleneinrichtungen etc.),
- Oberflächenversiegelungen im Bedarfsfall aufnehmen.

Betretungserlaubnis

Die Betretungserlaubnis umfasst die Erlaubnis zum Betreten des o.g. Grundstückes durch Mitarbeiter der Bezirksregierung Düsseldorf oder von dort beauftragte Firmen zur Durchführung von Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen. Sie umfasst ggf. auch das Befahren und Bearbeiten mit schwerem Gerät (Bagger, Bohrgerät etc.).

Erklärung zur Leitungsfreiheit:

Vor jeder Kampfmitteluntersuchung (Ausnahme: reine Bohrlochdetektionen) sind vorhandene Leitungen im Gelände zu kennzeichnen und bei vom Kampfmittelbeseitigungsdienst durchzuführenden Bodeneingriffen ggf. freizulegen (bspw. durch Querschächte, Suchschlitze, Vorschachtungen).

Aufschüttungen:

Veränderungen im Profil des Geländes seit Kriegsende sind zu ermitteln (Auffüllungen, Aufschüttungen) und im Falle einer Flächendetektion im Vorfeld abzutragen.

Plan der Untersuchungsfläche (Flächendetektion)

Der Plan muss zwingend mit dem Antrag auf Kampfmitteluntersuchung übersandt werden. Ohne einen Plan mit der zu untersuchenden Fläche erfolgt keine Bearbeitung durch den KBD

Bohrlochplan (Sicherheitsdetektion)

Der Bohrlochplan muss nicht zwingend mit dem Antrag auf Kampfmitteluntersuchung übersandt werden. Er ist jedoch zwingend vor der Detektion auf der Baustelle dem KBD oder dem von ihm beauftragten Fachunternehmen zu übergeben.

Kontaminierter Bereich

Evtl. vorhandene Altlasten sind zu ermitteln und ggfs. ist ein Sicherheits- und Gesundheitsplan zu erstellen. In diesem Fall verlängert sich die Bearbeitungsdauer.

Kampfmittelbeseitigung Erstattung der anfallenden Kosten

RdErl. d. Innenministeriums - 75-54.01-
v. 9.11.2007

1 Kostentragung im Verhältnis Bund - Land NRW

Die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern richtet sich nach Art 120 GG und den Grundsätzen der auf die 50er Jahre zurückgehenden Staatspraxis. Danach gilt im Einzelnen folgendes:

1.1 Bundeseigene Liegenschaften

Der Bund trägt die Kosten der Beseitigung von Kampfmitteln auf bundeseigenen Liegenschaften. Gleiches gilt für die Rechtsnachfolger des Bundes, die durch Ausgliederung oder Verkauf aus dem Bundesvermögen, Privatisierung usw. entstanden sind, wie z. B. Deutsche Bahn AG, Deutsche Telekom AG.

Bei Arbeiten, die im Auftrag des Bundes durchgeführt werden, wie z. B. an Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen, trifft die Kostenlast ebenfalls den Bund oder seine Rechtsnachfolger. Dies gilt auch für die durch diese Maßnahmen notwendigen Ausgleichsflächen.

1.2 Nicht-bundeseigene Liegenschaften

Die Kosten, die durch die Beseitigung von Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Liegenschaften entstehen, werden von Bund nur insoweit getragen, als sie für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition angefallen sind.

Das Land trägt die Kosten der Beseitigung von Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Liegenschaften, soweit sie für die Beseitigung alliierter Munition anfallen.

Bei Veräußerung von Liegenschaften aus dem Bundesvermögen wie z. B. Konversionsflächen ohne vorherige Kampfmittelbeseitigung bzw. Garantie der Kampfmittelfreiheit durch den Bund oder seine Rechtsnachfolger werden die Kosten der Kampfmittelbeseitigung nicht durch das Land getragen. Diese Kosten gehen je nach Vertragsgestaltung auf den Erwerber über.

2 Kostentragung im Verhältnis Staat - Dritte

Nach § 19 Abs. 2 Ziff. 1 Allg. Kriegsfolgengesetz (AKG) in Verbindung mit § 1004 BGB tragen Bund und Länder als staatliche Stellen nur die Kosten für die eigentliche Kampfmittelbeseitigung, d. h. nur die Kosten, die zur Beseitigung einer "unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben" erforderlich sind.

Der Kampfmittelbeseitigung ist die Gefahrenerforschung vorgelagert. Zur Gefahrenforschung zählen die Arbeitsschritte, die erforderlich sind, um eine Bewertung der Fläche an die örtliche Ordnungsbehörde geben zu können. Die Gefahrenforschung endet mit der Feststellung, ob ein staatliches Handlungsfordernis vorliegt.

Die Gefahrenerforschung wird von den zuständigen Stellen (Land, Kommunen) grundsätzlich kostenfrei wahrgenommen. Im Rahmen der Gefahrenerforschung können Dritten im Einzelfall Duldungs- und Handlungspflichten auferlegt werden, deren Kosten gegebenenfalls von ihnen zu tragen sind. Die Kampfmittelbeseitigung beginnt mit der Recherche. Je nach Erfordernis des Einzelfalls folgen die weiteren Teilprozesse des Betriebsablaufs, wie Ortserkundung, Detektion, feststellender Bodeneingriff und Räumung einschließlich Entschärfung, Sprengung, Abtransport usw. (siehe TVV Kampfmittelbeseitigung). Die daraus entstehenden Kosten trägt das Land NRW.

Alle die Kampfmittelbeseitigung vorbereitenden oder sonst begleitenden Maßnahmen werden von § 19 Abs. 2 Ziff. 1 AKG nicht erfasst, sondern sind nach den Vorschriften des Ordnungsbehördengesetzes NRW in Verbindung mit § 1004 BGB von der örtlichen Ordnungsbehörde bzw. vom Grundstückseigentümer auf dessen Kosten zu erledigen.^[1]

Eine abschließende Auflistung der in diesem Zusammenhang nicht erstattungsfähigen Kosten ist nicht möglich. In Betracht kommen u. a. Kosten für

- Sicherungsaufgaben/Sicherungsmaßnahmen, wie Durchführung von Absperr- und Evakuierungsmaßnahmen bei Entschärfungen und/oder Sprengungen, Aufstellung von Warnschildern, Sicherung von Baugruben,
- Arbeiten vorbereitender Art, wie Herstellen der Leitungsfreiheit, Abtrag von Oberböden bis zur Geländeoberkante zum Zeitpunkt der Kriegsbeeinflussung bzw. bis zum gewachsenen Boden, Freischneide- und Ausräumarbeiten,
- Arbeiten begleitender Art, wie Wasserhaltungsmaßnahmen, Unterstützung mit Hilfsmitteln (z. B. Strom, Dämmmaterial),
- Arbeiten nachbereitender Art, etwa zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes bei Erdeingriffen.

Ergeben sich aus der individuellen Nutzung des Grundstücks oder dessen Eigenschaften durch den Eigentümer Rahmenbedingungen für die Kampfmittelbeseitigung, die zu Mehrkosten führen, so teilt der Kampfmittelbeseitigungsdienst dies der örtlichen Ordnungsbehörde mit, verbunden mit der Aufforderung, diese Mehrkosten zu tragen.

Als derartige Fälle, die im Rahmen einer Vereinbarung zu regeln sind, kommen u. a. in Betracht:

- gleichzeitige Fortführung von Baumaßnahmen im Gefahrenbereich der Räummaßnahme,
- Sachzwang zur Anwendung teurer Spezialverfahren,
- Aussparung von Flächen.

Wünscht eine örtliche Ordnungsbehörde Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen, obwohl der zuständige Kampfmittelbeseitigungsdienst kein staatliches Handlungserfordernis festgestellt hat, so sind die Kosten der örtlichen Ordnungsbehörde aufzuerlegen, es sei denn, dass während der Räummaßnahmen wider Erwarten doch Kampfmittel gefunden wurden.

Hierzu wird vor Beginn der Kampfmittelbeseitigungsmaßnahme eine Vereinbarung geschlossen. Erfolgt die Beseitigungsmaßnahme auf Wunsch eines Dritten, so kann diese Vereinbarung mit Zustimmung der örtlichen Ordnungsbehörde auch direkt mit dem Dritten geschlossen werden.

^[1] Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass bei Vorliegen hinreichend konkreter Anhaltspunkte, dass sich auf einem Grundstück bislang verborgen gebliebene Kampfmittel befinden, von dem Grundstück selbst eine Gefahr ausgeht, für die der Eigentümer des Grundstücks als Zustandsstörer iSd §§ 14, 18 OBG NRW verantwortlich ist (s. auch OVG NRW, Entscheidung vom 3.6.1997 - 5 A 4/96 -). Entsprechende konkrete Anhaltspunkte können sich u. a. aus der Auswertung des vorliegenden Luftbildmaterials ergeben.

In seiner Eigenschaft als Störer ist der Grundstückseigentümer gem. § 1004 Abs. 1 S. 1 BGB zur Beseitigung der Gefahren und zur Übernahme der entstehenden Kosten verpflichtet. Die Ordnungsbehörde entscheidet im Ermessenswege darüber, wie der Verpflichtung nachzukommen ist.

Die Verpflichtung zur Übernahme der Kosten der Kampfmittelbeseitigung vorbereitender Arbeiten ergibt sich daraus, dass sie eine unverzichtbare Voraussetzung für die eigentliche Gefahrenbeseitigung darstellen. Kosten nachbereitender Maßnahmen sind unter dem Gesichtspunkt zu tragen, dass vermieden werden muss, dass aus dem geräumten Gebiet neue Gefahren für die Allgemeinheit entstehen, etwa durch Hinterlassen des aufgelockerten Erdreichs einer Baugrube. **MBL. NRW. 2007 S.863.**